

Neueste Mittheilungen.

Verantwortlicher Herausgeber: Dr. S. Klee.

II. Jahrgang.

Berlin, Donnerstag, den 20. September 1883.

N^o 93.

Der Kampf im Wahlkreise des Herrn v. Bennigsen.

Wer jemals in der Lage gewesen, einen Sturm an der See zu beobachten, weiß, daß die Wellenbewegung an der Küste noch eine Weile fortbauert, wenn da, wo diese Bewegung ihren Anfang genommen d. h. auf der hohen See, die Ruhe bereits wiedergestellt und die Gewalt des Windes gebrochen ist.

Ähnlichen Erscheinungen begegnet man zuweilen im politischen Leben. Parteien, deren Bedeutung im Centrum des staatlichen Treibens längst in der Abnahme begriffen ist, spielen in den weiteren Kreisen oder, um einen mathematischen Ausdruck zu brauchen, an der Peripherie noch ein Weile die frühere Rolle weiter fort; es bedarf einiger Zeit, bis die neue Bewegung der Geister sich über das gesammte Kreisgebiet fortgepflanzt hat.

Wenn — wie das neuerdings vorgekommen — fortschrittliche und secessionistische Candidaten in weiter abliegenden, oder von dem Einfluß des vorgeschrittenen Liberalismus bisher unberührt gebliebenen Einflüssen Wahlerfolge erringen, so erinnert das lebhaft an die oben erwähnte Naturerscheinung. — An den im Verlauf der letzten Jahre gefallenen wichtigen Entscheidungen haben Fortschritt und Secession so gut wie gar keinen Antheil gehabt; der Widerstand, den diese Parteien der socialpolitischen Reform, dem neuen Wirthschaftssystem, dem Abschluß der Verwaltungsgesetzgebung u. s. w. geleistet haben, wird in den Kreisen der liberalen Politiker von Einsicht und Erfahrung grade so ungünstig, zuweilen noch ungünstiger beurtheilt, wie von den Conservativen. Daß für ein parlamentarisches Parteiregiment in Preußen und Deutschland alles Material fehlt, — daß ein starkes, von einer kundigen Hand gelenktes nationales Heer die unentbehrlichste Bürgschaft für den Frieden und die Sicherheit des Vaterlandes bildet, — daß das dringendste aller Zeitbedürfnisse die Besserung der materiellen Lage der besitzlosen Klassen ist, — und daß unsere „Vorgeschrittenen“ bezüglich dieser entscheidenden Punkte, wie mit Blindheit geschlagen sind, darüber besteht unter ernsthaften politischen Männern schon seit einiger Zeit Uebereinstimmung!

Das verhindert aber nicht, daß die fortschrittlich-secessionistische Agitation an manchen Orten noch immer ihre kleinen Geschäfte macht und daß Wähler, für welche die lautesten und rückichtslossten Agitatoren und Schreier alle Male Recht haben, sich gelegentlich für eine Partei anwerben lassen, die thatsächlich ausgespielt hat und nur noch als Hemmnis für die im Fluße begriffene Reformbewegung in Betracht kommt: das ist nicht nur seiner Zeit in einem Stettiner Wahlkreise und vor 14 Tagen in Torgau-Liebenwerda, sondern neuerdings auch in den 19. hannoverschen Wahlkreise, dem alten Stammsitz des Herrn v. Bennigsen beobachtet worden. Unter denselben Wählern, die länger als ein Jahrzehnt auf den gemäßigten und bedeutendsten Vertreter des Nationalliberalismus ihre Stimmen vereinigt hatten, ist zu Folge fortschrittlicher Wählereien eine Stichwahl zwischen Herrn v. Bennigsen's Nachfolger Gottendorf und dem Fortschrittler Cronmeyer nothwendig geworden. Eine Wendung nach Links, wo die umgekehrte Bewegung recht eigentlich das Erkennungszeichen der allgemeinen politischen Lage bildet, — eine Hinneigung zu denselben Ideen, die im praktischen Staatsleben Bankrott gemacht haben, ein augenblickliches Vordringen derselben Männer, die zu dem Ausschneiden des bisherigen Vertreters des 19. Wahlkreises erheblich mitgewirkt, den auch von diesem als unvermeidlich anerkannten Zielen den unheilvollsten Widerstand bereitet haben! Und das, nachdem die Ergebnisse der letzten parlamentarischen Session unwidersprechlich bewiesen haben, daß die Mehrheit der Nation durchaus Recht hatte, als sie bei Gelegenheit der Wahlen

vom Herbst des vorigen Jahres den Parteien des vorgeschrittenen Liberalismus den Rücken wendete!

An dem ein Mal in Bewegung gekommenen Gang der Dinge wird natürlich Nichts geändert, wenn die Opposition hier oder da eine Stimme mehr erlangt. Wohl aber wird nothwendig sein, daß wir uns durch die Erfolge dieser verspäteten Nachzügler nicht beirren lassen und die Augen offen behalten. Noch steht es so, daß der Agitationslärm den Ausschlag giebt und weil es so steht, sollten alle Deutschen, die ihre Zeit begriffen haben, in der unermüdblichen Arbeit für die Verbreitung gesunder und praktischer Anschauungen keinen Augenblick feiern.

Die bevorstehenden Gemeindewahlen in Berlin.

Die Wahlagitation für die bevorstehenden Gemeindewahlen in Berlin bietet auch ferner stehenden Kreisen ein Interesse, zumal sie sich mehr und mehr politisch zugespitzt hat.

Es stehen sich hier drei Parteien gegenüber: die Fortschrittspartei, welche im Besitze der Herrschaft ist und ihren Besitzstand zu vertheidigen bemüht ist, ferner die deutsche Bürgerpartei, welche sich aus Conservativen und liberalen Gegnern der Fortschrittspartei zusammensetzt, und drittens die Arbeiterpartei, welche eine Vertretung der Arbeiterinteressen durch Arbeiter in der Stadtverordnetenversammlung anstrebt, aber vermuthlich in einzelnen Bezirken für die Fortschrittspartei, in anderen für die Bürgerpartei ihr Gewicht in die Waagschale legen dürfte.

Die Fortschrittspartei hat schon in dem Beschlusse wegen Auflösung der Stadtverordnetenversammlung einen Angriff auf ihre Herrschaft in der Communalverwaltung erblickt. Sie bemüht sich denn auch, hieraus für ihre Zwecke Capital zu schlagen und die im wohlverstandenen Interesse der Bürgerschaft und zum Zweck einer gleichmäßigen Vertheilung des Wahlrechts beschlossene Maßregel als ein ungerechtfertigtes, gegen sie gerichtetes Vorgehen darzustellen. Diese Frage ist aber allmählich in den Hintergrund getreten gegenüber den von Seiten der deutschen Bürgerpartei gegen die bisherige fortschrittliche Verwaltung erhobenen Vorwürfen und gegenüber dem Verlangen nach einer Reform der städtischen Steuern, welche die Bürgerpartei als Parole ausgegeben hat: einerseits wird die bisherige Verwaltung als zu kostspielig bezeichnet und zweitens wird eine gerechtere Vertheilung der Steuerlast, namentlich aber die Reform oder die Beseitigung der insbesondere die ärmeren Klassen drückenden Miethsteuer gefordert. Auch die Arbeiterpartei will Steuerreform und macht der Fortschrittspartei zum Vorwurf, daß sie in der Stadt noch nicht die zwei untersten Stufen der Gemeindesteuer aufgehoben habe, wie es der Staat gethan hat.

Die Fortschrittspartei befindet sich hierbei im Vertheidigungszustande, sie spielt also eine Rolle, die ihr bisher im politischen Leben noch nicht zugefallen ist. Alle ihre Redner in den Versammlungen und alle ihre Flugblätter zählen nun die Verdienste auf, welche die Fortschrittspartei für die Entwicklung von Berlin zu haben glaubt: die Schönheit der Straßen, Plätze, Brücken, welche der Fremde anstaunt, ist natürlich nur ein Werk der Fortschrittspartei; von dem Einfluß, welchen die politische Entwicklung Preußens und des Reichs auf die Hauptstadt ausgeübt, sieht sie vollständig ab, und daß unter einer conservativen Verwaltung unter den gleichen Umständen vermuthlich ganz dasselbe geleistet worden wäre, ist ein Gedanke, welcher der ihres Werthes sich so sehr bewußten Fortschrittspartei noch nicht einen Augenblick gekommen ist. Ganz besonders interessant ist es aber, wie sie sich bemüht nachzuweisen, wie gerecht sie die Steuern vertheilt habe,

wie sie die ärmeren Klassen durch Aufhebung der Mahl- und Schlachtsteuer entlastet habe, und wie sie auch gern die Miethsteuer reformirt hätte, aber doch unmöglich Alles auf ein Mal machen könne. Uebrigens verspricht sie, diese Reform, die von der Bürgerpartei energisch gefordert wird, auch ihrerseits in die Hand nehmen zu wollen, aber sie — nämlich die Fortschrittspartei — ist der Meinung, daß man mit „Gemeinplätzen“ und „Schlagworten“ nicht die so schwierige Frage lösen könne, und deshalb wendet sie sich lieber „an das besonnene Urtheil der Bürger, statt an ihre Leidenschaftlichkeit und gereizte Stimmung.“ Von solcher Einsicht hat man bisher auf Seiten der Fortschrittspartei noch nichts entdeckt: was sie hiermit indirekt den kommunalen Gegnern vormirrt, ist für ihr politisches Verhalten im Staat geradezu leitender Grundsatz.

Wie sie die von der Bürgerpartei geforderte Reform der Miethsteuer für sich acceptirt, so hat sie sich auch die Forderung der Arbeiter wegen Einführung des allgemeinen gleichen Wahlrechts für die Gemeindevahlen zu eigen gemacht: aber auch hier glaubt sie so „besonnen“ sein zu müssen, nur das „gleiche“, nicht aber das „allgemeine“ Wahlrecht, (welches von keinem Censur abhängen würde) concediren zu können. Die Besonnenheit ist sonst nicht ihre starke Seite!

Man sieht, die Fortschrittspartei verhält sich bei den Berliner Gemeindevahlen ganz anders wie bei politischen Wahlen; sie lobt alles Bestehende, weil es ihr Werk sei, und hat alle Hände voll zu thun, um die Angriffe der Gegner abzuwehren oder unschädlich zu machen. Die Bürgerpartei hingegen, welche gegen die fortschrittliche Burg Sturm läuft, hat ihre Kampfsmethode offenbar der Fortschrittspartei, wie diese sich bei politischen Fragen verhält, abgelernt und übt darum auch in ihrer Kritik keine Gnade gegenüber dem Bestehenden. Ebenso will auch die Arbeiterpartei nichts von den fortschrittlichen entgegenkommenden Erklärungen und Liebeswerbungen wissen, sondern setzt der Fortschrittspartei heftig zu.

Der Kampf der sich gegenüberstehenden Parteien hat die Leidenschaften im höchsten Maße erregt: sowohl der anstürmende Eifer der Bürgerpartei wie die Wuth der um ihre Herrschaft besorgten Fortschrittspartei haben zu Kundgebungen des Hasses und der Erbitterung geführt, wie sie sonst bei Wahlen nicht an der Tagesordnung sind. Es mag ja für die Interessen der Parteien viel auf dem Spiele stehen; das berechtigt aber noch nicht dazu, den Gegner — wie es von fortschrittlicher Seite geschehen — mit den Worten „Kloake“ und „Sauce“ zu bezeichnen.

Welchen Ausgang dieser Kampf haben wird, steht dahin. Jedenfalls beweist er an sich schon, daß die Fortschrittspartei in heller Verzweiflung ist und sich auch in ihrer bisher so starken Domäne nicht mehr sicher fühlt und daß ihr Ansehen selbst in Berlin bereits im Schwinden begriffen ist.

Neuigkeiten aus der Verwaltung.

In einer im vorigen Jahre erlassenen Verfügung des Ministers des Innern ist bezüglich der Verpflichtung der Polizeibehörden zur Reinigung der Polizeigefangenen vor der Ablieferung an das Justizgefängniß zwischen denjenigen Fällen unterschieden worden, in welchen die Ablieferung des Gefangenen aus dem Polizei-Gefängniß erfolgt, und denjenigen, in welchen eine festgenommene Person, ohne vorgängige Aufnahme in das Polizeigeängniß, in das Justizgefängniß eingeliefert wird. In Folge dessen ist es in Frage gekommen, ob die Polizeibehörden auch die Gefangenen der letzteren Kategorie zu reinigen die Verpflichtung haben. Eine jüngst ergangene weitere Verfügung hat diese Frage im bejahenden Sinne entschieden. Nach älteren Bestimmungen seien die Polizeibehörden verpflichtet, die von ihnen an andere Behörden abzuliefernden Personen frei von Ungeziefer zu übergeben. Hieran sei durch die Strafproceßordnung, welche die unverzügliche Vorführung des Festgenommenen vor den Amtsrichter vorschreibt, nichts geändert worden. Die Polizeibehörden müßten daher, wenn durch ihre Beamten und ohne Veranlassung der Justizbehörden die Verhaftung erfolgt, den Festgenommenen in reinem Zustande an das Gerichtsgefängniß abliefern lassen, gleichviel, ob derselbe in das Polizeigeängniß aufgenommen gewesen sei oder nicht.

Politische Tagesfragen.

Wie die „Germania“ berichtet, hat der Papst mit Bezug auf das kirchenpolitische Gesetz vom 11. Juli „ohne principielle Anerkennung

der die Vorbildung betreffenden gesetzlichen Bestimmungen zugestanden, daß die Dispense für die Vergangenheit und für dieses eine Mal eingeholt werden könne.“ Mit anderen Worten, die Bischöfe dürfen mit Genehmigung des Papstes für diejenigen Seelsorger und Hilfsgeistlichen, welche ohne Erfüllung der Anzeigepflicht angestellt werden können, von den Oberpräsidenten unter Vorlegung der betreffenden Zeugnisse die Dispensation von der wissenschaftlichen Staatsprüfung und ebenso etwaige weitere Dispensationen beim Cultusminister oder bei den Oberpräsidenten nachsuchen. In der Diocese Breslau sind bereits die ordinirten Priester von dem Fürstbischöf zur Einsegnung der betreffenden Zeugnisse aufgefordert worden, auf Grund deren nach Artikel III. des Gesetzes vom 31. Mai 1882 die Dispensation erfolgen kann.

Man wird die Entscheidung der Curie als ein erfreuliches Symptom betrachten dürfen. Es ist darin thatächlich ein Aufgeben ihres starren Princips zu erkennen, demzufolge die gesetzlichen Bestimmungen über die Vorbildung für sie nicht existiren, also auch das Nachsuchen einer Dispensation von denselben unmöglich sein würde. Die von ihr gemachten Vorbehalte suchen zwar dieses Princip ausdrücklich zu wahren, sie beweisen aber zugleich, daß unter gewissen Umständen bei der Curie practische Rücksichten einen stärkeren Druck auf ihre Entschlüsse üben können als das Princip.

Eine volle und unumwundene Anerkennung der Thatsache sowohl, daß die wirtschaftlichen Verhältnisse Deutschlands im Jahre 1882 eine weitere Aufbesserung erfahren, als auch daß dieser erfreuliche Aufschwung auf die Wirtschaftsreform des Reichskanzlers zurückzuführen sei, finden wir in dem Jahresbericht der Handelskammer zu Bochum. Das Jahr 1882, lesen wir in diesem Bericht, hat einen weiteren erfreulichen Fortschritt in der seit Einführung der neuen Zoll- und Handelspolitik eingetretenen Besserung unserer wirtschaftlichen Zustände zu verzeichnen.

Die Arbeitsgelegenheit, heißt es weiter, hat sich wiederum in wichtigen Erwerbszweigen, namentlich auch in der für den Bochumer Bezirk maßgebenden Eisen- und Kohlenindustrie so vermehrt, daß die Zahl der beschäftigten Arbeiter im Vergleich zum Vorjahre erheblich gewachsen und auch eine Besserung ihrer Lage eingetreten ist.

Die Nachfrage nach Steinkohlen war trotz des milden Winters das ganze Jahr hindurch sehr lebhaft, was gleichfalls, da das Quantum der in das Ausland exportirten Kohle wenig gestiegen ist, dafür spricht, daß die nationale Produktion eine erhöhte Thätigkeit entwickelt hat. Auch durch die Steigerung der Eisenbahn-Einnahmen für den Gütertransport wird diese Thatsache bestätigt.

Die Handelsbilanz für Bochum hat sich noch günstiger als im Jahre 1881 gestaltet. Insbesondere nahm die Ausfuhr von Eisen- und Stahlwaaren, Maschinen, Kleidern, Wäsche, Lederwaaren, Papier, Seidenstoffen, Glasfabrikaten und Spiritus beträchtlich zu. Zeigt dem gegenüber auch die Einfuhr einiger Artikel höhere Ziffern, so handelt es sich dabei hauptsächlich um Rohstoffe und Halbfabrikate zum Gebrauch für die inländische Gewerbetätigkeit. Dieser vermehrte Import kann somit nur günstig aufgefaßt werden. Der niedrige Preisstand vieler Waaren, über welchen geklagt wird, widerlegt die Prophezeiung der Freihändler, daß die Schutzpolitik eine allgemeine Vertheuerung herbeiführen müsse. —

„Wir dürfen daher von Neuem den segensreichen Einfluß der vom Fürsten Reichskanzler unter den größten Schwierigkeiten ein- und durchgeführten Reformpolitik auf unser wirtschaftliches Leben als unbestreitbar anerkennen und der Hoffnung Ausdruck geben, daß die Gegner dieser Politik doch endlich aufhören werden, durch tendenziöse und schiefe Darlegungen von Einzelheiten die öffentliche Meinung irre zu führen und die Unternehmungslust und Arbeitsfreudigkeit zu entmuthigen. Dies ist um so wünschenswerther, als unsere in den letzten Jahren so hoch entwickelte Exportindustrie energische Gegenanstrengungen der ausländischen Concurrnz hervorgerufen hat, die namentlich auf dem Gebiete der Eisenindustrie für die nächsten Jahre zu schweren Kämpfen, insbesondere mit England, führen müssen. Auch Frankreich, welches lange Zeit mit Hochmuth auf unsere wirtschaftlichen Schwächen herabgesehen hat, zeigt sich offenbar besorgt über die großen Fortschritte, welche in den letzten Jahren die Leistungsfähigkeit unserer Industrie qualitativ und quantitativ aufzuweisen hat. Unter der Herrschaft unserer früheren Wirtschaftspolitik hatte das Ausland allerdings wenig Ursache, über mächtigen Andrang der deutschen Concurrnz Klage zu führen. Erst durch die Sicherung des vaterländischen Marktes haben wir seit dem Jahre 1879 mehr und mehr eine feste Operationsbasis für den Weltmarkt gewonnen.“

Aus dem übrigen Inhalt des Berichts heben wir zunächst nur das hervor, was über die Lohnverhältnisse der Arbeiter in den Eisen- und Stahlwerken gesagt ist. Dieselben haben sich im Vergleich zu den Vorjahren auf den meisten Werken abermals günstiger gestaltet. 325 Eisenhütten, Gießereien und Maschinenbau-Anstalten in allen Theilen des deutschen Reichs, unter denen sich 167 Actien-Gesellschaften befinden, beschäftigten im Jahre 1879 153,979 Arbeiter mit 9,383,396 M. Monatslohn, im Januar des laufenden Jahres dagegen 206,150 Arbeiter mit 14,754,350 M. Monatslohn. Die Zahl der Arbeiter ist somit um 52,171, d. h. 33,9 Procent, der Betrag der

Gesamtlöhne pro Monat um 5,370,955 M = 57,2 Procent gestiegen. Bezüglich des monatlichen Durchschnittslohnes des einzelnen Arbeiters ist zu bemerken, daß im Januar 1879 ein Arbeiter monatlich 60,94 M verdiente, im Januar dieses Jahres 71,57 M. Für das ganze Jahr würde sich also ein Mehrverdienst des Arbeiters von 129,56 M ergeben. Das größte Hüttenwerk des Bochumer Handelskammerbezirks, der Bochumer Verein für Bergbau und Gußstahlfabrikation, hat in den letzten vier Kalenderjahren an Durchschnittslöhnen gezahlt 1879 880 M, 1880 908 M, 1881 944 M und 1882 960 M.

Im Monat August sind wieder 13 587 Personen aus Deutschland ausgewandert. Davon kommen auf Preußen 7618, und zwar auf die Provinz Ostpreußen 108, Westpreußen 635, Brandenburg mit Berlin 874, Pommern 682, Posen 684, Schlesien 393, Sachsen 275, Schleswig-Holstein 652, Hannover 1362, Westfalen 549, Hessen-Rassau 900, Rheinland 589, Hohenzollern 12, ohne nähere Angabe 3, welche letztere über Antwerpen ausgewandert. Aus den übrigen deutschen Staaten wanderten aus: Bayern 1812, Sachsen 591, Württemberg 1119, Baden 585, Hessen 432, Mecklenburg-Schwerin 137, Sachsen-Weimar 118, Mecklenburg-Strelitz 9, Oldenburg 126, Braunschweig 74, Sachsen-Meinungen 63, Sachsen-Altenburg 16, Sachsen-Coburg-Gotha 85, Anhalt 17, Schwarzburg-Sondershausen 20, Schwarzburg-Rudolstadt 18, Waldeck 17, Neuß a. L. 3, Neuß j. L. 25, Schaumburg-Lippe 5, Lippe 19, Lübeck 31, Bremen 159, Hamburg 416, Elsaß-Lothringen 65, ohne nähere Angabe über Antwerpen ausgewandert 7.

Aus der Hauptstadt.

In Bezug auf die Ueberwachung der Viehmärkte in Berlin in der Zeit vom 1. April 1882 bis 31. März 1883 gehen uns nachfolgende Mittheilungen zu:

Auf dem Actien-Viehhofe wurde während des Berichtjahres nur einmal, im Monat August, ein Markt abgehalten. Die Schlachthäuser dieses Viehhofes wurden bis zum 31. März d. J. benutzt und sind dann, da der Schlachtzwang nunmehr die Schlachtung in den öffentlichen Schlachthäusern des Central-Viehhofes forderte, geschlossen worden. Es wurden in den Schlachthäusern des Actien-Viehhofes im Berichtsjahre geschlachtet: 11,125 Rinder, 15,612 Schweine und 24,432 Hammel. Die Zahl der Rälber konnte nur für das letzte Vierteljahr mit 3323 Stück ermittelt werden. Von den geschlachteten Thieren wurden, als zur menschlichen Nahrung ungeeignet, beschlagnahmt und der Abdeckerei überwiesen: 1 Rind, 191 Schweine, 2 Rälber und 94 Hammel. Außerdem mußten in vielen Fällen einzelne Theile wegen krankhafter Beschaffenheit verworfen werden.

Vom Central-Viehhofe ist eine nicht unerhebliche Steigerung des Viehauftriebes und des Exportes zu verzeichnen. Es wurden aufgetrieben 150,598 Rinder (gegen 126,223 im Vorjahre), 493,078 Schweine (gegen 391,381), 112,084 Rälber (gegen 112,072) und 649,136 Hammel (gegen 648,135). Hiervon gelangten zum Export 51,507 Rinder (gegen 29,992), 33,424 Schweine (gegen 31,610) und 237,346 Hammel (gegen 242,020), so daß für den Consum in Berlin verbleiben würden 99,091 Rinder, 459,654 Schweine, 411,790 Hammel und die 112,084 Rälber. Hinsichtlich der Rinder und Rälber stimmen diese Zahlen mit dem wirklichen Consum überein; der Consum an Schweinen und Hammeln beträgt dagegen in Berlin erheblich weniger, als obige Zahlen angeben, da der Export in diesen Thiergattungen ein viel größerer ist, als sich dies bisher hat ermitteln lassen. Im Polizeischlachthause wurden von aufgetriebenen Thieren wegen Krankheitsverdachts 604, wegen mangelhafter Ursprungsatteste 546 Rinder geschlachtet. Von denselben wurden krankheitshalber verworfen und der Abdeckerei überwiesen 143 Stück. Verworfen wurden ferner als zur menschlichen Nahrung nicht geeignet: 644 Schweine, 133 Rälber, 453 Hammel, so daß insgesammt 1373 ganze Thiere aus dem Verkehr gezogen wurden. Hinsichtlich einzelner Theile fanden außerdem 2826 Beschlagnahmen statt, und zwar 828 Mal bei Rindern, 1820 Mal bei Schweinen, 10 Mal bei Rälbern und 168 Mal bei Hammeln.

Personalien.

Der Landrath Freiherr Rudolf von Estorff zu Bohwinkel ist zum Regierungsrath ernannt worden.

Politische Wochenschau.

Aus dem Inlande.

Seit Donnerstag voriger Woche hat Se. Majestät der Kaiser seine Residenz im Schlosse zu Merseburg genommen, um von dort aus den großen Herbstmanövern des 4. Armeecorps beizuwohnen. Mit bewunderungswür-

diger Rüstigkeit hat der greise oberste Kriegsherr sämmtlichen, täglich auf einander folgenden militärischen Uebungen beigewohnt und nebenher noch an den Festlichkeiten theilgenommen, welche zur Feier seiner Anwesenheit veranstaltet worden waren. Nur auf den beabsichtigten Besuch in Halle mußte der Kaiser, um sich nicht einer übergroßen Anstrengung auszusetzen, verzichten. Jedoch hat er sich durch den Kronprinzen vertreten lassen und zugleich in einem Schreiben an den, inzwischen zum Oberbürgermeister ernannten, Bürgermeister der Stadt Halle sein Bedauern über sein Ausbleiben und seinen Dank für die getroffenen festlichen Veranstaltungen ausgesprochen. Eine große Reihe von Ordensverleihungen, welche am letzten Tage der Anwesenheit des Kaisers in Merseburg veröffentlicht worden, giebt der Anerkennung des Monarchen für die ihm gewordene begeisterte Aufnahme Ausdruck.

Raum sind jedoch die Kaisertage für den Bereich des 4. Armeecorps vorübergegangen, so beginnen dieselben schon wieder für den Bereich des 11. Armeecorps. Von Merseburg hat sich der Kaiser am Donnerstag, den 20. September nach einer kurzen Unterbrechung der Fahrt in Erfurt nach Homburg begeben, um auch dort wieder den Corpssmannövern beizuwohnen. Zur Theilnahme an denselben sind auch bereits die Könige von Spanien und Serbien von Wien nach Homburg abgereist. Nach Beendigung der militärischen Uebungen gedenkt der Kaiser sich zur Einweihung des Denkmals auf dem Niederwald dahin zu begeben. Die Rückkehr nach Berlin wird voraussichtlich erst in der zweiten Hälfte des Octobermonats erfolgen.

Mit seinem kaiserlichen Vater hat der Kronprinz die Reise zu den Truppenübungen angetreten, am ersten Tage jedoch zuvor in Vertretung des Kaisers einen Besuch in Wittenberg gemacht und an der Feier des Luther-Jubiläums theilgenommen, welche durch die vom Kronprinzen gehaltene Rede und die Verlesung eines kaiserlichen Erlasses die höchste Weihe erhalten hat. Nach Beendigung der Manöver bei Homburg und der Festlichkeiten am Rhein gedenkt die kronprinzliche Familie eine Reise nach Italien anzutreten.

Der Aufenthalt des Fürsten Bismarck in Gastein, welcher auf seinen Gesundheitszustand einen günstigen Einfluß geübt haben soll, naht sich dem Ende. Wie es heißt, beabsichtigt der Reichskanzler sich von dort zu längerem Aufenthalt nach Friedrichsruh zu begeben.

Der Staatssecretär des Innern, Staatsminister von Bötticher hat sich in Begleitung des Directors im Reichsamt des Innern Lohmann nach Schlesien begeben, um dort in ähnlicher Weise wie im vorigen Jahre in Rheinland und Westfalen die bedeutendsten gewerblichen Stabissements zu besichtigen.

In der kirchenpolitischen Lage scheint eine günstigere Wendung nach der inzwischen erfolgten Rückkehr des Gesandten von Schläger nach Rom eingetreten zu sein. Nicht nur, daß die katholische Presse, namentlich das Organ des Papstes, der „Moniteur de Rome“, plötzlich einen sehr gemäßigten und entgegenkommenden Ton anschlägt, die „Germania“ hat auch von einer Entscheidung des Papstes in der Dispensationsfrage Mittheilung machen können, in welcher, allerdings ohne principieller Anerkennung der die Vorbildung der Geistlichen betreffenden gesetzlichen Bestimmungen, zugestanden ist, daß die Dispense für die Vergangenheit und zwar nur dieses eine Mal eingeholt werden könne. Im Zusammenhange damit steht offenbar eine fürstbischöfliche Befehlsmachung, durch welche die der Diocese Breslau angehörigen, in den letzten zehn Jahren ordinirten Priester aufgefordert werden, ihre Univeritätszeugnisse einzureichen.

Die Ersatzwahl für den Reichstag im bisher Bennigsen'schen Wahlkreise, über welche seit Wochen ein erbitterter Kampf zwischen Nationalliberalen und Fortschrittlern geführt worden, hat noch zu keinem endgiltigen Resultat geführt, welches vielmehr erst durch die auf den 27. September angelegte Stichwahl zwischen dem nationalliberalen Candidaten Hottendorf und dem fortschrittlichen Candidaten Cronmeyer gewonnen werden soll. Wenn es den Nationalliberalen nicht gelingt, die große Zahl ihrer Angehörigen, welche bei der neulichen Wahl ihre Pflicht versäumt haben, nachträglich zur Theilnahme an der Stichwahl zu veranlassen, so wird der Candidat der Fortschrittspartei mit Unterstützung der Welfen und der Socialdemokraten den Sieg davon tragen. Das Resultat der am 13. September erfolgten Wahl war 5373 für Hottendorf, 4086 für Cronmeyer, 1314 für den Welfen v. Klent und 443 für den Socialdemokraten Dehne. Nach dem bekannten Sprichwort: „Der Appetit kommt beim Essen“, treffen die Fortschrittler ernstlich Anstalt, die Nationalliberalen auch aus anderen Sitzen, nicht nur in Greifswald, sondern auch in Elberfeld-Barmen bei der Ersatzwahl zum Abgeordnetenhaus zu verdrängen, obwohl dort bei der letzten Wahl der Wahlmänner, welche auch diesmal fungiren, sich die Fortschrittspartei ausdrücklich zu der Wahl eines von dem Nationalliberalen zu ernennenden Candidaten verpflichtet hatte. Es scheint jedoch, daß viele fortschrittlichen Wahlmänner die eingegangene Verpflichtung erfüllen wollen. In diesem Falle wäre es freilich mit dem Sturm auf den nationalliberalen Besitz dies Mal noch nichts, aber gebessert kann das Verhältniß zwischen den beiden liberalen Parteien schwerlich dadurch werden.

Günstiger als in Preußen scheinen die Verhältnisse der National-

liberalen in anderen, namentlich süddeutschen Bundesstaaten zu liegen. Das Ergebnis der jüngst stattgehabten Landtagswahlen in Baden wird als ein solches dargestellt, daß die Nationalliberalen im nächsten Landtage die Majorität haben werden. Sie haben zwar 2 Sitze verloren, dagegen 6, vielleicht sogar 8 andere gewonnen, so daß sie jetzt in der 63 Mitglieder zählenden Kammer mindestens über 35 Sitze verfügen.

Der Statthalter von Elsaß-Lothringen hat die bisherigen Ausnahmen bezüglich der amtlichen deutschen Geschäftssprache für die Gemeinden Diedenhofen und Mèz, sowie für das Amtsgericht und die Gerichtsvollzieher in Mèz auf Neujahr 1884 außer Wirksamkeit gesetzt. An Stelle des Bezirkspräsidenten von Lothringen v. Flottwell, welcher auf sein Ansuchen in den Ruhestand versetzt worden, ist der bisherige Kreisdirektor Frhr. v. Hammerstein zum Bezirkspräsidenten in Mèz ernannt worden.

Aus dem Auslande.

Die im Mittelpunkt der allgemeinen Aufmerksamkeit stehenden Verhandlungen zwischen der französischen und der chinesischen Regierung haben während der letzten Woche ihren Fortgang genommen und sind — wie es heißt — die Aussichten auf eine Verständigung näher gerückt. Die Verhandlungen werden dieses Mal von dem Botschafter in London, Waddington und dem Minister-Präsidenten Ferry geführt, der seinen beurlaubten Kollegen Herrn Challemel-Lacour vertritt und dem chinesischen Botschafter Tjeng eine Denkschrift übergeben hat, deren Inhalt die Pariser Journalisten vergeblich zu errathen versuchen. Inzwischen hat die aus Tonting eingegangene Nachricht, nach welcher der kommandirende französische General Bouët durch den Civil-Commissar Harmand zur Niederlegung des Oberbefehls und zur Abreise nach Hongkong bestimmt worden ist, allgemeines Aufsehen erregt, da jede Erklärung dieses Vorganges fehlt. — Bei der durch die ungeheuren Entfernungen bedingten Langsamkeit des telegraphischen Verkehrs zwischen Paris und Ostasien wird wohl noch einige Zeit vergehen, bevor die Gestaltung des durch die französische Expedition veränderten Verhältnisses der Pariser Regierung zu dem himmlischen Reiche sich übersehen läßt. Die allgemeine Theilnahme an dieser Angelegenheit ist wesentlich durch die Befürchtung bedingt, eine französisch-chinesische Verwicklung könne zu Ausschreitungen der Bevölkerung gegen die zahlreichen in Hafenstädten lebenden Europäer führen. Zu diesen Europäern gehören bekanntlich auch deutsche Kaufleute und Schiffer, in deren Händen ein großer Theil des Verkehrs zwischen den chinesischen Häfen liegt.

Gewisse Organe der Schweizer Presse sind durch die zu Manöverzwecken erfolgte Aufstellung französischer Truppen an der Grenze ihres Landes und durch das Erscheinen einer gewissen Anzahl französischer Soldaten in Genf beunruhigt worden. Aus Paris eingegangene Mittheilungen haben diese Besorgnisse indessen wieder verscheucht und die Grenzüberschreitungen der Soldaten als Versehen entschuldigt. — Seit der

napoleonischen Zeit sind die Genfer und die Bewohner von Waadtland und Freiburg von außerordentlich lebhaftem Mißtrauen gegen ihre westlichen Nachbarn und von Sympathien gegen das deutsche Reich erfüllt, die von ihren Deutschredenden, zum Radicalismus neigenden Landsleuten nicht immer getheilt werden.

In der kroatischen Landeshauptstadt Agram ist die Ruhe neuerdings nicht wieder gestört worden, die Nachrichten aus dem Innern des Landes lauten dagegen unbefriedigend, da die, wie es heißt von serbischen, aus Ungarn herübergekommenen Wühlern genährte slavistische Agitation fortbauert und unter dem Landvolke die unsinnigsten Gerüchte im Umlauf sind. — Daß die Pesther Regierung in Sachen der magharischen Aufschriften auf den öffentlichen Schildern nachgeben werde, ist einstweilen wenig wahrscheinlich; dagegen verlautet von Verhandlungen, die mit den siebenbürgischen Sachsen angeknüpft worden sein sollen, um den nationalen Wünschen derselben Rechnung zu tragen. — In Bulgarien ist die Nationalversammlung durch einen Erlaß des Fürsten eröffnet worden, der die Annahme einer revidirten Verfassung empfiehlt und die Beibehaltung des gegenwärtigen Ministeriums (an dessen Spitze die russischen Generale Sobolew und Kaulbars stehen) wahrscheinlich erscheinen läßt. Unter den Führern der beiden bulgarischen Parteien soll bezüglich der Nothwendigkeit, die Verfassung im conservativen Sinne abzuändern, Uebereinstimmung bestehen.

Das Erscheinen des auf einer Vergnügungsreise begriffenen englischen Premier-Ministers in der Hauptstadt Dänemarks und der Besuch, welchen der König und dessen Kaiserlich russische Gäste dem Schiffe Mr. Gladstones gemacht haben, ist der Gegenstand vielfacher Vermuthungen in der Presse gewesen. An diese Meldung haben sich Gerüchte von einer bevorstehenden Zusammenkunft unseres Kaisers mit dem russischen Monarchen geknüpft, die bis jetzt jeder festen Grundlage entbehren. — In der russischen Hauptstadt werden Vorbereitungen zum Leichenbegängniß des in Paris verstorbenen berühmten Dichters Iwan Turgenjew getroffen, — eines Mannes, der als thätiger Beförderer der Bauernfreiheit seiner Zeit gefeiert worden war, in späteren Jahren wegen seines entschiedenen Widerspruchs gegen die slavistischen und radikalen Wühlereien in Rußland dagegen vielfache Anfeindungen zu erleiden gehabt hatte. Der Verstorbene galt mit Recht für den ausgezeichnetesten, durch sein Talent und edle Gesinnung gleich hervorragenden Sittenschilderer und poetischen Erzähler neuerer Zeit.

Die oberägyptische Stadt Chartum ist plötzlich durch das Erscheinen zweier großer Abtheilungen aufständischer Araber erschreckt worden, an deren Spitze ein früherer viceköniglicher Pascha Elias und einer der in diesem Lande immer wieder auftauchenden falschen Propheten stehen. — Die Cholera-Epidemie scheint in Alexandrien ihrem Erlöschen entgegen zu gehen.